

Buchbesprechungen

George D. Demopoulos: Monetary Policy in the Open Economy of Greece.
Centre of Planning and Economic Research, Athen 1981, 122 S.

Mit der Erweiterung der europäischen Gemeinschaft durch die Aufnahme Griechenlands wächst das Interesse an Informationen über die strukturellen Gegebenheiten und wirtschaftspolitischen Besonderheiten der griechischen Volkswirtschaft. Die vorliegende Analyse von *George D. Demopoulos* erfährt dadurch eine besondere Aktualität. Sie setzt diejenigen wichtigen Untersuchungen fort, die zunächst von *P. Korteweg* für die Niederlande, *M. J. M. Neumann* für die Bundesrepublik Deutschland, *A. Fourcans* für Frankreich und *M. Fratianni* für Italien begonnen wurden und die — auf der Grundlage des Modells von *K. Brunner* und *A. H. Meltzer* — um eine Darstellung des Geldangebotsprozesses bemüht sind, welche die jeweiligen institutionellen Bedingungen, die für das Verhalten der Zentralbank, der Kreditinstitute und Nichtbanken bestimend sind, im Zusammenhang einer offenen Volkswirtschaft explizit berücksichtigt. Für Griechenland ist es die erste Arbeit dieser Art, und dem Autor kommt damit das Verdienst einer Pionierleistung zu.

Im Mittelpunkt der Untersuchung steht das Problem der Steuerung des Geldangebotsprozesses im Sinne eines Geldbasiskonzepts, wobei der Strukturgegebenheit des finanziellen Sektors in Griechenland explizit und informativ Rechnung getragen wird. Auch wenn die Arbeit mehr auf eine grundsätzliche Kritik der ökonomischen Effizienz des geldpolitischen Ordnungsrahmens gerichtet ist, gilt doch das Interesse des außenstehenden Lesers mehr den Informationen über die speziellen Regelungen und Eigenarten der griechischen Bankenstruktur, die von *Demopoulos* sachkundig und sorgfältig vorgetragen werden. Die weitgehend formale Analyse wird dabei durch knappe aber zureichende verbale Beschreibungen ergänzt, so daß der Leserkreis nicht von vornherein auf primär wissenschaftlich arbeitende Ökonomen eingeschränkt bleibt. Fragestellungen und wichtige Ergebnisse werden außerdem in einem einführenden und einem abschließenden Kapitel herausgestellt und so der orientierende Zugriff erleichtert.

Im einzelnen beschäftigt sich *Demopoulos* mit vier zentralen Problemkreisen: 1. der Frage der Unabhängigkeit der Geldpolitik der Zentralbank von der Budgetpolitik der Regierung, 2. den Bestimmungsgründen des Geldangebots und der Kreditmärkte im Sinne einer Analyse der Verhaltensweisen von Zentralbank, privaten Kreditinstituten und Publikum angesichts des herrschenden Ordnungsrahmens und der gewachsenen Strukturbedingungen, 3. den Möglichkeiten der Zentralbank, eine von außenwirtschaftlichen Ein-

flüssen unabhängige Politik zu betreiben, und 4. den Effizienzeigenschaften des vorhandenen geldpolitischen Instrumentariums.

Verglichen mit den Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland ist für Griechenland zunächst der wesentlich stärkere Einfluß der Budgetpolitik der Regierung auf die geldpolitische Steuerung bemerkenswert. Dieser Tatbestand äußert sich in der formellen und übergewichtigen Mitwirkung der ökonomisch relevanten Ministerien im sogenannten „Currency Committee“, der verantwortlichen geldpolitischen Lenkungsinstanz, sowie dem bedeutenden Ausmaß, in dem Budgetdefizite direkt bei der Zentralbank finanziert werden. Damit ist de facto von einer Unterordnung der Geldpolitik unter die Zielstellungen der Regierung auszugehen, so daß die Frage nach der Unabhängigkeit der Geldpolitik von der allgemeinen Finanz- und Wirtschaftspolitik eindeutig negativ beantwortet wird.

Die ausgeprägte Einschränkung der Notenbankautonomie wird durch umfassende Reglementierungen der Geld- und Kreditmärkte ergänzt, die vor allem über die offizielle Festsetzung wichtiger Soll- und Habenzinssätze sowie ein umfassendes Mindestreserve-System auf die Aktiva und Passiva der Kreditinstitute praktiziert werden. Daß im übrigen wichtige Bankengruppen in unmittelbarem Besitz der Zentralbank sind, prägt die Verhaltensweisen der auf den Geld- und Kreditmärkten agierenden öffentlichen und privaten Wirtschaftssubjekte zusätzlich. Die staatliche Kontrolle des finanziellen Sektors der griechischen Volkswirtschaft ermöglicht zwar grundsätzlich eine Steuerung der finanziellen Ströme in Sektoren und Regionen, die der Regierung als besonders förderungswürdig erscheinen, doch sind damit auch gravierende Nachteile für die effiziente Ressourcenallokation und Verteilung verbunden. Diese resultieren zum einen aus der „Überinstrumentalisierung“, die die geldpolitischen Entscheidungsträger vor kaum zu lösende Informations- und Determinationsprobleme stellt. Zum anderen verhindern die nicht marktgerechten verordneten Zinssätze ein für die Entwicklung des Landes notwendiges Aufkommen an monetären Ersparnissen und die effiziente Verwendung derselben. Schließlich schränken die Kontrollen über den finanziellen Sektor insgesamt eine Integration in die internationalen Geld- und Kapitalmärkte ein und leisten der Kapitalflucht Vorschub.

Demopoulos analysiert diese Schwächen des Systems in aller Klarheit und verbindet seine Kritik mit entsprechenden Vorschlägen für Veränderungen der geldpolitischen Rahmenbedingungen und des Instrumentariums der Notenbank. Allerdings hätte sich der Rezensent zusätzliche Informationen über das quantitative Ausmaß der dargestellten Strukturbereihungen gewünscht, um die damit verbundenen Politikprobleme besser relativieren zu können. Dies wäre insbesondere für die Ableitung der Entstehungskomponenten der Geldbasis und den Einfluß des Mindestreservesystems nützlich gewesen. Im übrigen hätte *Demopoulos* seine Empfehlung, anstelle einer Kreditmarktsteuerung eine Geldbasispolitik zu praktizieren, im Hinblick auf die griechischen Strukturbereihungen des finanziellen Sektors weiter präzisieren müssen, um überzeugender zu wirken; denn die allokativen und stabilisatorische Überlegenheit einer Geldmengenpolitik setzt funktionsfähige freie

Geld- und Kreditmärkte voraus. Gerade daran scheint es in Griechenland zu fehlen, so daß der Eindruck entstehen kann, als sollte hier der zweite Schritt vor dem notwendigen ersten getan werden.

Hans-Hermann Francke, Freiburg im Breisgau

N. Kloten, H.-J. Barth, K.-H. Ketterer und R. Vollmer: Zur Entwicklung des Geldwerts in Deutschland, J. C. B. Mohr (P. Siebeck), Tübingen 1980, 162 S., DM 42,—.

Dieses begrüßenswerte und aktuelle Werk ist sehr geprägt vom wirtschaftspolitischen Standpunkt des Sachverständigenrats; seine Autoren waren oder sind mit dem Rat auf die eine oder andere Weise verbunden: *Kloten* als einer der Fünf Weisen (1969 - 75), *Barth* als der seit 1970 Jahr für Jahr ein besonderes Maß an Verantwortung tragende Generalsekretär, *Ketterer* und *Vollmer* als ehemalige wissenschaftliche Mitarbeiter. Der Titel bringt nur einen Teil der behandelten Thematik zum Ausdruck: Zutreffender wäre: *Die bundesrepublikanische Stabilitätspolitik im Rückblick unter besonderer Berücksichtigung der Inflationsbekämpfung*. Ebenso berechtigt vom Inhalt her wäre der Titel: *Abschied von der wirtschaftspolitischen Zielharmonie*.

Selbst wenn man den Eindruck hätte, daß die Wirtschaftspolitik nach den Belastungen der 70er Jahre nun in ein ruhigeres Fahrwasser käme, wäre diese Arbeit von großem — allerdings dann mehr geschichtlichem — Interesse. Indes hat man vielmehr von der Vorstellung auszugehen, daß in diesem Jahrzehnt nicht minder schwierige Probleme auf uns zukommen. Das Vergangene ist Prolog — gerade daraus gewinnt diese rückblickende Arbeit große Aktualität.

Ein zentrales Thema der wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen der 70er und — aller Voraussicht nach — auch der 80er Jahre ist die Verträglichkeit von Vollbeschäftigung und Preisstabilität. Die Autoren vertreten in Übereinstimmung mit dem SVR die These, wonach dem marktwirtschaftlichen System eine Tendenz innewohnt, daß die Ansprüche der gesellschaftlichen Gruppen in ihrer Summe die vorhandenen Produktionsmöglichkeiten übersteigen. Hierbei heben die Autoren mit Recht hervor, daß die Möglichkeiten zur Befriedigung inländischer Ansprüche auch von den Terms of trade abhängen. Die inländischen sozialen Gruppen seien zwar alle für (Preis-)stabilität, doch hoffe jeder einzelne, „daß die jeweils anderen ihr Verhalten darauf einstellen mögen und daher ein eigenes Opfer nicht notwendig ist“ (S. 53). Dies ist mit Sicherheit ein wichtiger Aspekt, bemerkenswert ist dabei jedoch, daß diese Erklärung undifferenziert auf Perioden wie 1969 - 70 oder 1972 - 73 angewendet wird, in denen die Produktionsanlagen außerordentlich hoch ausgelastet wurden, aber auch auf eine Periode wie 1975 - 78, in der ein ungewöhnlich niedriger Auslastungsgrad die Möglichkeit anzeigt, mit vorhandenen Arbeitskräften und vorhandenem Kapital einen höheren Grad der materiellen Bedürfnisbefriedigung zu erreichen. M. a. W., die Autoren befürchten, daß auch in einer durch eine generelle Unterauslastung der Produktionskapazitäten gekennzeichneten Situation die Produzenten auf einen

Zuwachs der marktwirksamen Ansprüche vornehmlich mit Preisanhebungen reagieren werden statt mit Produktionssteigerungen (die übrigens die Stückkosten zu senken tendieren, indem sie den Fixkostenanteil zurückgehen lassen). Vieles spricht dafür, daß die Befürchtung nicht grundlos ist. Ein solches unternehmerisches Verhalten stellt in der Tat manches Theorem der keynesischen Theorie in Frage. Es hat den Anschein, daß unter den gegenwärtigen Konkurrenzverhältnissen die bloße Vermeidung zu hoher Ansprüche keine hinreichende Bedingung für die Herstellung oder Aufrechterhaltung der Preisstabilität darstellt; darüber hinaus muß eine Kostenkonstellation herbeigeführt werden, die einer sozialen Gruppe, nämlich den Unternehmern, die Befriedigung ihrer Ansprüche — ohne Inflation — ermöglicht. Eine Diskussion der Inflationsproblematik, welche die fortschreitende Vermachtung der Märkte und die damit verbundenen Veränderungen im unternehmerischen Preisverhalten außer Acht läßt, muß notgedrungen unvollständig bleiben.

Ein zentraler Aspekt der Inflationsbekämpfung ist für die Autoren der „Konnex zwischen Fehlverhalten und Sanktionen...“: Die sozialen Gruppen müssen am eigenen Leib die Folgen nicht stabilitätskonformen Verhaltens spüren. Was die Arbeitnehmer betrifft, so besteht die wichtigste Sanktion darin, daß die Durchsetzung von Ansprüchen, die nicht stabilitätskonform sind, mit Arbeitslosigkeit zu bezahlen ist. Hierbei kommt der Fiskal- und Geldpolitik die Aufgabe zu, dafür zu sorgen, daß der gesamtwirtschaftliche Rahmen den „Konnex“ aufrechterhält. Dies erinnert auf unheimliche Weise an die von *Kalecki* noch vorm Kriegsende geäußerte Befürchtung, daß sich die Arbeitslosigkeit mit keynesischen Mitteln deshalb nicht beseitigen lassen, weil das marktwirtschaftliche System die Arbeitslosigkeit als Sanktionsmechanismus gegenüber den Arbeitnehmern brauche¹. Wie der „Konnex“ für andere soziale Gruppen, etwa für Ärzte, Landwirte oder Ölmultis, hergestellt bzw. aufrechterhalten werden soll, lassen die Autoren indessen offen.

Barths Beitrag führt zu der konjunkturanalytischen Analyse zurück. Er verwendet ein ökonometrisches Modell zur Quantifizierung des entstabilisierenden Effekts, der von den Rohstoffpreisen und der konjunkturellen Entwicklung in den Partnerländern ausging (stabilitätspolitische Herausforderung), um daran die Wirkung der gegensteuernden Wirtschaftspolitik zu messen. Die Berechnungen umfassen die Jahre 1972 - 76. Das verwendete Modell wurde von IBM entwickelt und umfaßt 17 Verhaltengleichungen, welche *Barth* lobenswerterweise vorführt. Einige Vorbehalte, dem Modell gegenüber, müssen erwähnt werden: Neun der siebzehn „Verhaltens“gleichungen weisen eine partiell autoregressive Spezifikation auf (die abhängige Variable wird z. T. aus ihrem Wert in der vorangegangenen Periode erklärt); ferner wird bei sieben Gleichungen die abhängige Variable anhand des BSP z. T. bestimmt. Hinsichtlich der Investitionstätigkeit deutet das hier vorgelegte Modell darauf hin, daß die These, die Investitionen hingen sehr stark von der Gewinnentwicklung ab, mittlerweile im SVR fallengelassen

¹ *M. Kalecki*, „Political Aspects of Full Employment“, in: Political Quarterly XIV (1943).

wurde. Die Investitionsfunktionen des Modells, indem sie die Investitionstätigkeit von der ökonomischen Tätigkeit im allgemeinen (BSP, Industrieproduktion), dem Zinsniveau (Diskontsatz, Hypothekenzins) sowie der Investitionstätigkeit der Vorperiode abhängig machen, sagen eindeutig aus, daß sich eine Belebung der Investitionen in erster Linie durch höheres Wachstum, sodann durch eine Zinssenkung erreichen läßt².

Barth ermittelt zwischen 1972 und 1976 einen inflationären Druck von durchschnittlich 5,97 % jährlich (Preisindex des privaten Verbrauchs), die durchschnittliche Arbeitsmarktbelastung (Rückgang der Erwerbstätigen) betrug in derselben Zeit 1,30 % jährlich. Diese hypothetischen Werte errechnen sich aus dem direkten Einfluß des Preisschocks und den Veränderungen im Preisniveau und Wachstumsraten in den wichtigsten Partnerländern, wobei ein wirtschaftspolitischer Status quo für die Bundesrepublik angenommen wird. Interessanterweise stellte die amtliche Statistik in dem betrachteten Zeitraum einen Anstieg des Preisindex in Höhe von 6,05 % jährlich fest, während die Erwerbstätigenzahl jährlich um 1,24 % zurückging. Vordergründig legt dieses Ergebnis den Schluß nahe, daß die Wirtschaftspolitik in der betrachteten Periode stabilitätspolitisch nichts ausgerichtet bzw. allenfalls eine zeitliche Glättung der inflationären bzw. beschäftigungspolitischen Einbrüche erreicht habe. Dieser Schluß ist nicht unplausibel; es ist gut möglich, daß eine im ganzen expansive Fiskalpolitik und eine im ganzen restriktive Geldpolitik in ihrer Summe ± 0 ergeben. Aber *Barth* weist selber auf die Vorsicht hin, die bei der Interpretation solcher Simulationsergebnisse geboten sei (S. 129), und an anderer Stelle stellt er fest, daß das Modell den monetären Sektor nur unvollkommen abbilde (S. 118). Über das behandelte Thema hinaus, drängen sich weitere Fragen auf, etwa:

² Die Ausrüstungen (real) (MER) werden in folgender Gleichung quantifiziert

$$MER_t = 0,077 \cdot IP_t - 0,429 \cdot RMB_t - 0,766 \cdot MER_{t-1}$$

wobei *IP* der Index der Industrieproduktion, und *RMB* der Zinssatz für Hypotheken ist. Unter Einsatz der Gleichungen für *IP* und *RMB* erhalten wir für *MER*:

$$MER_t = -1,088 + 0,039 \cdot IP_{t-1} + 0,063 \cdot GNPR_t - 0,030 \cdot GNPR_{t-3} - 0,002 \cdot DI_{t-1} - 0,002 \cdot FPI_t - 0,296 \cdot RMB_{t-1} - 0,072 \cdot DR_t + 0,766 \cdot MER_{t-1}$$

Interessanterweise unterstellt diese Funktion autonome Desinvestitionen; die wichtigsten Einflüsse stammen von der ökonomischen Tätigkeit her, die in der Industrieproduktion (der Vorperiode), der Veränderung des realen BSP (GNPR) und den realen Ausrüstungsinvestitionen der Vorperiode zum Ausdruck kommt; ansonsten spielt das Zinsniveau eine Rolle (*DR* = Diskontsatz), während das verfügbare Einkommen der Haushalte (*DI*) und der Index der ausländischen Großhandelspreise (*FPI*) wegen ihrer niedrigen Koeffizienten kaum Einfluß haben. Die Funktion für die realen Bauinvestitionen (*IBAUR*) ist:

$$IBAUR_t = 4,09 + 0,35 \cdot IBAUR_{t-1} + 0,069 \cdot GNPR_t - 0,197 \cdot DR_t - 0,003 \cdot UNEMP_t$$

Hier gibt es positive autonome Investitionen, die ansonsten von der laufenden gesamtwirtschaftlichen Tätigkeit (BSP in konstanten Preisen), dem Diskontsatz und der Arbeitslosigkeit (*UNEMP*) abhängen.

- ob zur Jahreswende 1973/74 ein sanfterer Übergang zur monetären Restriktion weniger Wachstumseinbußen nach sich gezogen hätte als die tatsächlich praktizierte, äußerst abrupte Transition.
- welcher wirtschaftspolitische Kurs hätte den größten beschäftigungspolitischen Erfolg, welcher den größten antiinflationären Erfolg gezeitigt, und welcher preis- bzw. beschäftigungspolitische Preis wäre jeweils unvermeidbar gewesen.

Aber der Rezensent ist recht skeptisch, ob die ökonometrischen Künste derzeit ausreichen, solche Fragen befriedigend — d. h. überzeugend — zu beantworten.

Diese Arbeit ist zweifelsohne ein wichtiger Beitrag zur aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion; wenn sie vielleicht mehr Fragen aufwirft als sie beantwortet — auch dies ist verdienstvoll.

Charles C. Roberts, Passau

Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW) zugleich Neuauflage des Handwörterbuchs der Sozialwissenschaften, hrsg. von Willi Albers u. a. Gustav Fischer, Stuttgart und New York, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck), Tübingen, und Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen und Zürich, 10 Bände, je Band DM 230,—.

Die „Bibel“ jedes Wirtschaftswissenschaftlers, das HdSW, ist zuletzt in den Jahren 1953 bis 1968 erschienen. Eine Neuauflage war daher dringend geboten, da sich nicht nur die wirtschaftlichen Probleme gewandelt, sondern sich auch der Stand der Wirtschaftswissenschaft fortentwickelt hat. Das Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, von dem inzwischen die Bände 1, 2, 4, 5, 7 und 8 vorliegen, führt die Tradition des HdSW fort. Bedingt durch die starke Ausweitung des Gebiets der Sozialwissenschaften beschränkt sich dabei die vorliegende Ausgabe allein auf den Teilbereich der Wirtschaftswissenschaften. Dies kommt dem HdWW zugute, da dadurch Platz für ein intensiveres Eingehen auf die gesamte breite Palette der wirtschaftswissenschaftlichen Themenkreise ermöglicht worden ist.

Ein Blick in das Inhaltsverzeichnis der vorliegenden 6 Bände zeigt zweierlei: Zum einen, daß biographische Artikel nicht mehr in das Handwörterbuch aufgenommen worden sind. Dies ist bedauerlich, da nun auf Festschriften oder andere Quellen zurückgegriffen werden muß, wenn Studenten oder Experten aus der Praxis ihr Interesse an biographischen Daten bedeutender nationalökonomischer Hochschullehrer befriedigen wollen. Zweitens zeigt dieser Blick aber auch, daß es den Herausgebern gelungen ist, wiederum Autoren für die einzelnen Stichworte zu verpflichten, die sowohl im Hochschulbereich als auch in der Praxis Rang und Namen haben.

Die Darstellung der behandelten Problemkreise ist, von wenigen Ausnahmen abgesehen, anschaulich und verständlich, so daß sowohl Studenten der Wirtschaftswissenschaften als auch Praktiker, die sich nach längerer Berufserfahrung mit den jüngeren theoretischen Strömungen vertraut machen wol-

len, das HdWW als eine Quelle der Wissensbereicherung ansehen werden. Weiterhin ist positiv hervorzuheben, daß eine Reihe von Stichworten zu größeren Problemkreisen zusammengefaßt worden ist. Dadurch hat sich zwar die Darstellung derjenigen in einem Handbuch angenähert, andererseits sind jedoch zusammengehörende Probleme an einer Stelle zu finden, was bei den vielfach komplexen Zusammenhängen das Verständnis erleichtert.

Obwohl das HdWW bei einem Preis pro Band von DM 230,— keine billige Anschaffung darstellt, kann dennoch ein Kauf unbedingt empfohlen werden. Zum einen gibt es keine andere vergleichbare und übersichtliche Darstellung der wirtschaftswissenschaftlichen Problemstellungen. Zum anderen wird das HdWW mit Sicherheit bis zu Beginn der 90er Jahre seinen Wert behalten, so daß diese 10 Bände eine Anschaffung für ein oder zwei Jahrzehnte darstellen.

Manfred Piel, Bonn

F. A. v. Hayek: Entnationalisierung des Geldes. Eine Analyse der Theorie und Praxis konkurrierender Umlaufsmittel, Tübingen 1977, 136 Seiten, DM 34,—.

Die in den 70er Jahren zu verzeichnende Zunahme der Inflationsraten in marktwirtschaftlich organisierten Ländern hat die Diskussion über Ursachen und Wirkungen der Inflation sowie über die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung erneut belebt. Das Buch von *Hayek*¹ liefert zu dieser Diskussion einen bemerkenswerten Beitrag, der in seinem radikalen Vorschlag, durch eine Entnationalisierung des Geldangebots das Inflationsproblem zu lösen, den Rahmen der üblichen Vorschläge sprengt und ganz neue ordnungspolitische Perspektiven eröffnet².

Für *von Hayek* gehört die Inflation zu den ärgerlichsten, weil schädlichsten und zugleich überflüssigsten Übeln marktwirtschaftlich organisierter Länder. Von diesem Urteil ist die sog. „schleichende Inflation“ nicht ausgenommen. Die schädlichste Wirkung der Inflation ist für *von Hayek* in der durch sie bewirkten Verzerrung der Preisstruktur zu sehen, die nicht nur Verteilungseffekte hervorruft, sondern durch falsche Marktsignale Anlaß für Fehlallokationen der Ressourcen ist. Diese Fehlallokationen sind der eigentliche Grund für immer wiederkehrende Arbeitslosigkeit und Depressionen.

Die Verantwortlichkeit für Inflation liegt für *von Hayek* nicht bei den Tarifvertragsparteien oder bei Rohstoffkartellen, sondern bei den Regierungen resp. Zentralbanken, die über das Prärogativ der Zentralbankgeldschaffung verfügen. Regierungen und Zentralbanken stehen ständig in der Versuchung, dieses Prärogativ zu missbrauchen; allzu oft erliegen sie dieser Versuchung, sei es, daß die Zentralbanken, von den Regierungen in Dienst

¹ Es handelt sich bei diesem Buch um die deutsche Übersetzung der unter dem Titel „Denationalisation of Money. An Analysis of the Theory and Practice of Concurrent Currencies“ im Jahre 1976 erschienenen Schrift.

² Vgl. hierzu auch *Benjamin Klein, A Competitive Supply of Money*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, Bd. VI (1974) sowie *Gordon Tullock, Competing Monies*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, Bd. VII (1975).

genommen, dauernd steigende Ansprüche des Staates an das Bruttosozialprodukt zu finanzieren bereit sind, sei es, daß sich die Zentralbanken bereit finden, eine Stabilitätspolitik der Regierungen monetär zu alimentieren, die auf kurzfristige Beschäftigungseffekte ausgerichtet ist, auf längere Sicht über die „Zerrüttung der Preisstruktur“ jedoch die Beschäftigungsprobleme verschärft und die Funktionsfähigkeit der Märkte gefährdet. Dem Prärogativ der Zentralbankgeldschaffung gilt demzufolge die Kritik von *Hayeks*.

Anders als andere Wissenschaftler sieht *von Hayek* aus diskutablen Gründen die Lösung des Inflationsproblems nicht darin, unter Aufrechterhaltung des Prärogativs dessen mißbräuchliche Inanspruchnahme zu verhindern (z. B. durch Rückkehr zum Goldstandard oder durch die Bindung der Basisgeldschaffung an bestimmte Regeln), auch nicht darin, die nachteiligen Folgen der Inflation durch eine allgemeine Indexierung zu vermeiden, ein Vorschlag, den *von Hayek* scharf kritisiert. Sein Vorschlag zielt auf die vollständige Beseitigung des Prärogativs der Zentralbankgeldschaffung und auf ein wettbewerbliches Geldangebot, auf ein Angebot konkurrierender Gelder verschiedener privater (oder auch staatlicher) Emissionsbanken, die in ihrer Geschäftstätigkeit nicht an Ländergrenzen gebunden sind. Dieser Vorschlag ist Konsequenz der Überzeugung, daß bei Aufrechterhaltung des staatlichen Geldangebotmonopols Inflation nicht oder nur unter erheblichen volkswirtschaftlichen Kosten verhindert werden kann, und daß freies Unternehmertum im Bankgewerbe sowohl in der Lage wäre, unter Vermeidung dieser volkswirtschaftlichen Kosten für ein die Stabilität sicherndes Geld zu sorgen als auch, daß individuelles Gewinnstreben private Bankinstitute veranlassen würde, sich so zu verhalten, daß ein solches Geld zur Verfügung gestellt wird.

Im Mittelpunkt der Arbeit *von Hayeks* steht die Begründung dieser These und die Ausarbeitung seines Vorschlags. Zur Begründung der These geht *von Hayek* davon aus, daß jede Bank, die sich nach Abschaffung des Prärogativs der Zentralbankgeldschaffung entschließt, eigenes Geld auszugeben, sich nur dann im Wettbewerb mit anderen Banken behaupten und Gewinne erzielen kann, wenn sie die Wertbeständigkeit ihres Geldes gewährleistet, denn nur dann werden die Kunden der Bank bereit sein, das Geld dieses Emittenten zu halten. Zwar gibt es für die Kunden der Banken auch noch andere Gesichtspunkte, die für ihre Entscheidungen relevant sind, in welchem Geld sie Noten und Depositen zu halten wünschen. Der Wertbeständigkeit jedoch, so glaubt *von Hayek*, wird die überragende Bedeutung zukommen.

Was nun bedeutet Wertbeständigkeit? Wie wird der Wert des Geldes eines bestimmten Emittenten bestimmt? Der Geldwert kommt letztlich immer in der Kaufkraft des Geldes in bezug auf Güter und Leistungen zum Ausdruck. *von Hayek* geht deshalb davon aus, daß die einzelnen Emissionsbanken ein bestimmtes, genau definiertes Güterbündel festlegen werden, demgegenüber sie ihren Kunden versprechen, den Wert des von ihnen ausgegebenen Geldes innerhalb festgelegter Toleranzgrenzen stabil halten zu wollen. Die Wahl des Güterbündels selbst wird ein wesentliches Wettbewerbsargument der Banken untereinander sein. *von Hayek* erwartet, daß vor allen Dingen

Rohstoffe und standardisierte Halbfabrikate in den Güterbündeln Berücksichtigung finden, weil diese weithin und auf regulären Märkten gehandelt werden.

Auf welche Weise kann nun die einzelne Bank die Aufrechterhaltung des von ihr ausgegebenen Geldes sicherstellen? Die Antwort ist, daß sie durch Ausweitung oder Einschränkung ihres Kreditvolumens und durch An- bzw. Verkauf ihres Geldes gegen Geld anderer Emittenten oder gegen Wertpapiere resp. Waren, die Menge ihrer emittierten Umlaufmittel so verändert, daß gerade jener Betrag realisiert wird, den das Publikum zu halten bereit ist. Bei Wertabweichungen würde die einzelne Bank vermutlich zunächst mit An- resp. Verkäufen ihres Geldes gegen Geld anderer Emittenten reagieren; diese An- und Verkäufe würden nach den Vorstellungen von Hayeks auf einer Umlaufmittelbörsen durchgeführt und abgerechnet werden. Da in der Regel sowieso nicht alle im Güterbündel aufgeführten Güter in Geld eines bestimmten Emittenten notiert würden, käme den Tauschräten, die sich an der Umlaufmittelbörsen für die Gelder der verschiedenen Emittenten ergeben, eine zentrale Bedeutung für die Wertbestimmung des Geldes jedes einzelnen Emittenten zu. Der Wert des Geldes eines Emittenten würde ermittelt, indem einerseits die Preise der Güter im Güterbündel festgestellt würden, die im Geld des Emittenten notiert werden und andererseits bezüglich aller anderen Güter, die im Geld anderer Emittenten notiert werden, Preise nach Umrechnung über die Tauschräten in Geldeinheiten des betreffenden Emittenten bestimmt würden. Die mengengewichteten Preise würden dann den Wert des Geldes ausweisen. Diese Wertberechnung würde offiziell durchgeführt und durch die Massenmedien dem Publikum und den Banken zur Kenntnis gebracht. Diese Informationen wären Grundlage sowohl für die Dispositionen des Publikums als auch der Banken. Würde nach Wertfeststellung z. B. eine Verminderung des Wertes des Geldes eines bestimmten Emittenten angezeigt, so müßte dies diesen im Interesse seiner Stellung am Markt sofort veranlassen, die Menge seiner Umlaufmittel zu reduzieren, und das Publikum würde die Bank durch eine Mehrnachfrage nach dem Geld des Emittenten unterstützen, vorausgesetzt die Bank wäre dafür bekannt, daß sie sofort wirksame Maßnahmen zur Korrektur jeder Wertabweichung vom bekannt gegebenen Standard ergreift. Ein Problem, die Stabilität des Systems der Geldwerte betreffend kann sich allerdings in diesem Falle dann ergeben, wenn sich die betreffende Bank in ihrem Bemühen um eine Korrektur des Werts ihres Geldes auf Aktivitäten an der Umlaufmittelbörsen beschränkt, da Änderungen der Tauschräten andere Emittenten zu Reaktionen zwingt und diese Reaktionen wieder den Wert des Geldes der betreffenden Bank beeinflussen. Dies ist ein Punkt, der bei von Hayek nicht die gebührende Beachtung findet, wenn er auch betont, daß die definitive Wertkorrektur stets über Änderungen des Kreditvolumens der Banken erfolgen müßte.

Die Bindung des Werts des ausgegebenen Geldes an festgelegte Güterbündel und der Wettbewerb der Emissionsbanken untereinander würden, so von Hayek, die Gewähr dafür bieten, daß die Wirtschaft mit wertstabilem Geld versorgt würde, da die Existenz der Emissionsbanken vom Gelingen des Versuches abhinge, gerade dieses zu erreichen.

Eine kritische Diskussion des *von Hayekschen* Vorschlags, der in 25 kurzen Kapiteln ausgearbeitet und begründet wird und der hier nur in Grundzügen skizziert werden konnte, begegnet der Schwierigkeit, daß über ein System „konkurrierender Umlaufmittel“, die einer Wertbindung unterliegen, keine Erfahrungen vorliegen. Die Argumente *von Hayeks*, wie mögliche Einwände gegen seine Konzeption, sind deshalb zwangsläufig in gewissem Umfang spekulativ. Letztlich könnte nur die Praxis eines solches Systems ein verlässliches Urteil ermöglichen. Immerhin ist es aber möglich, einige Annahmen *von Hayeks* unter Verwertung auch in diesem Zusammenhang relevanter Erfahrungen kritisch zu diskutieren und auf einige Implikationen seines Vorschlags hinzuweisen. Die folgenden Überlegungen beschränken sich auf zwei in diesem Kontext relevante Gesichtspunkte.

Die Bedeutung des *von Hayekschen* Vorschlags im Blick auf das angestrebte Ziel eines Angebots wertstabilen Geldes hängt entscheidend davon ab, ob seine Annahme, die Existenz einer Emissionsbank sei nur dann gewährleistet, wenn es ihr gelinge, den Wert ihres Geldes stabil zu halten, gerechtfertigt ist. Diese Annahme beruht auf der Behauptung, die Wertbeständigkeit des Geldes sei das überragende Argument, das die Bereitschaft des Publikums bestimme, das Geld eines bestimmten Emittenten zu halten. Gewisse Erfahrungen der letzten Jahre lassen Zweifel an der Berechtigung dieser Behauptung zu. Z. B. drängt sich die Frage auf, weshalb bei weitgehend freier Konvertibilität der Währungen unter dem Regime flexibler Wechselkurse selbst professionelle Anleger an den internationalen Geldmärkten ihre US-Dollar-Positionen vielfach verstärkt haben, obwohl die amerikanische Inflationsrate anhaltend und deutlich über jener anderer Länder, wie der Schweiz oder der Bundesrepublik, lag, der US-Dollar seine Stellung als Reserve- und Transaktionswährung nicht nur zu halten, sondern vermutlich sogar auszubauen in der Lage war. Dies ist um so bemerkenswerter, als für professionelle Anleger Informations- und Transaktionskosten, die für die Anlagedispositionen des normalen Publikums neben dem Argument der Wertbeständigkeit sicher relevant sind, kaum ins Gewicht fallen, und auch „Präferenzen“, die sich aus der Übernahme von Dienstleistungen für die einzelnen Banken für ihre Kunden ergeben können und die die Mobilität der Bankkundschaft erheblich einschränken, nicht zu beachten sind. Dies läßt die Vermutung zu, daß andere Argumente neben dem der Wertbeständigkeit des Geldes für die Entscheidung des Publikums, welches Geld sie halten und für Transaktionen verwenden, von vergleichbarer Bedeutung sind. Zieht man zusätzlich in Betracht, daß die Banken über die Veränderung der Zinssätze auf Depositen die Anlagedispositionen des Publikums beeinflussen können, so relativiert sich die Bedeutung des Arguments „Wertbeständigkeit“ noch weiter. Damit aber erscheint der Zwang für die Banken, ein wertstables Geld anzubieten, nicht mehr ganz zwingend.

Eine Implikation des *von Hayekschen* Vorschlags ist, daß sich die Bankenlandschaft in einem Land wie der Bundesrepublik z. B. vermutlich ziemlich radikal und nicht unbedingt zum Vorteil des Publikums ändern würde. Zum einen würde eine große Zahl von Banken als Sekundäremittenten mit ihrer Entscheidung für eine Geschäftstätigkeit im Geld bestimmter Primäremitt-

tenten von der Geschäftspolitik dieser Primäremittenten abhängig, weil die Option, Bankgeschäfte im Gelde eines anderen Emittenten zu betreiben, nach der ersten Entscheidung für ein bestimmtes Geld vielfach theoretischer Art sein wird. Dies würde natürlich auch für alle Finanzintermediäre, wie Hypothekenbanken, Versicherungen, Bausparkassen usw. gelten, die ihre Geschäfte in Geld bestimmter Primäremittenten abzuwickeln hätten. Ein Primäremittent, der nicht in der Lage wäre, ein Geld anzubieten, das das Publikum zu halten wünscht, würde nicht nur sich selbst, sondern eine möglicherweise sehr große Zahl von Sekundäremittenten und Finanzintermediären sowie deren Kunden gefährden. (Umgekehrt ist nicht mit Sicherheit zu sagen, ob der Primäremittent gegen die geschäftlichen Aktivitäten der Sekundäremittenten in seinem Geld in der Lage ist, den angekündigten Wertstandard sicherzustellen.) Zum anderen kann nicht ausgeschlossen werden, daß sich auf Dauer in einem mehr oder weniger großen Gebiet nur ein oder eine kleine Zahl marktmächtiger Primäremittenten behaupten kann, da bei Ausgabe eigenen Geldes mit Skalenerträgen zu rechnen ist. Diese Vermutung stützt sich auf die Überlegung, daß die erforderliche Liquiditätsquote der Primäremittenten mit dem Anteil ihres Geldes am Gesamtvolumen der Umlaufmittel sinkt, weil ein immer größerer Teil der Zahlungsvorgänge im eigenen Hause abgerechnet werden kann. Unter den gegenwärtigen Bedingungen können diese Skalenerträge nicht oder nicht voll zur Geltung kommen, weil in den meisten Ländern große Banken nicht nur mit gleichen, sondern in der Regel sogar mit höheren Mindestreservesätzen belegt werden als kleine Banken. Ohne solche Regelungen jedoch wäre mit ausgeprägten Konzentrationstendenzen im Bereich der Primäremittenten zu rechnen, die nur zum Nachteil sowohl der Kredit- als auch der Depositenkunden ausschlagen und das eigentliche Ziel eines wettbewerblichen Angebots, ein wertstables Geld zu gewährleisten, gefährden könnten. Ob potentiell Wettbewerb für die Verhinderung monopolistischer Geschäftspraktiken große Bedeutung zugesprochen werden kann mag bezweifelt werden, da Vertrauenswürdigkeit bei Banken nicht durch die Ankündigung bestimmter geschäftspolitischer Absichten entsteht, sondern in der täglichen Praxis durch ein entsprechendes Verhalten im Laufe der Zeit erworben werden muß.

Diese wenigen Anmerkungen machen deutlich, daß der *von Hayeksche* Vorschlag eine Reihe schwieriger Probleme aufwirft, die eingehend diskutiert werden müssen, bevor in einer so schwerwiegenden Frage, wie der politischen Gestaltung der Geldordnung, praktische Konsequenzen auf der Grundlage des Vorschlags möglich erscheinen. Angesichts der Hartnäckigkeit des Inflationsproblems ist diese Diskussion jedoch dringend erwünscht, auch wenn die Vorstellungen *von Hayeks* zunächst fremd und utopisch anzumuten scheinen. Immerhin ist zu konstatieren, daß eine der grundlegenden Ideen der *von Hayekschen* Konzeption für den nun vielfach diskutierten Vorschlag, in Europa ein Parallelwährungssystem einzuführen, die Grundlage liefert.

Manfred Hieber, Bonn

Alexander Konrad: Das Geschäft der Kreditvermittler. Ihre Bedeutung und Stellung am Markt, Fritz Knapp-Verlag, Frankfurt 1979, 84 Seiten, DM 26,—.

Der Autor beschränkt sich in seinem Buch auf die Darstellung von Tätigkeit und Geschäft der Vermittler des Konsumentenkredits. Er befaßt sich mit deren Bedeutung als Anbieter von Konsumentenkrediten und ihrer Bedeutung für Teilzahlungsbanken als deren Absatzvermittler. Ohne dies ausdrücklich hervorzuheben, behandelt er „seriöse“ Kreditvermittler; „Kredithaie“ werden für dieses Buch wegdefiniert. Insoweit wird dieser Gewerbezweig nur von der Sonnenseite gesehen, der Leser vermißt die Abhandlung der zweifelsohne vorhandenen Schattenseiten. Das Buch erhält damit (leider) den Geruch einer „PR-Schrift für Kreditvermittler“.

Vom sachlichen Inhalt her bietet das Buch einen ausführlichen Einblick in die Tätigkeit der (seriösen) Kreditvermittler. Der Autor nennt Gründe, warum auch in der heutigen Zeit das Geschäft der Kreditvermittler „blüht“. Er zeigt die Zusammenarbeit der Vermittler vornehmlich mit Teilzahlungsbanken und einige Probleme dieser Kooperation auf, insbesondere hinsichtlich der Konditionen für den Kreditnehmer. Daneben bringt er Schätzungen über die Anzahl der in der Bundesrepublik tätigen Vermittler und den Umfang der über sie abgewickelten Ratenkredite.

Insgesamt leidet die Arbeit darunter, daß über die Tätigkeit von Kreditvermittlern kein ausreichend repräsentatives Material und keine entsprechenden Statistiken zur Verfügung stehen.

Udo Lütteken, Bonn

Theodor Brinkmann: Die Determinanten der kurzfristigen Veränderung der funktionellen Einkommensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland 1950 - 1975, Duncker & Humblot, Berlin 1978, DM 78,—.

Der Titel erweckt große Hoffnungen, gehört es doch ohne Zweifel zu den dringlichsten Aufgaben der Nationalökonomie, einen theoretischen Ansatz zur Erklärung der funktionellen Einkommensverteilung, also der Verteilung zwischen Einkommen für Arbeitsleistungen einerseits und Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen andererseits, auszuarbeiten, der einer rigorosen empirischen Überprüfung standhält und gleichzeitig im Hinblick auf seine theoretischen Inhalte überzeugt. Geht man von der die Nationalökonomie noch prägenden Vorstellung eines langfristigen Gleichgewichts, das dem ökonomischen Prozeß zugrundeliegt, und lediglich von verschiedenartigen kurzfristigen Schwankungen überlagert ist, geht man also von der Vorstellung aus, daß ein wesentlicher inhaltlicher Unterschied zwischen kurz- und langfristiger Analyse besteht, so mag der Zusatz kurzfristig im Titel recht einschränkend vorkommen; hat man sich von dieser Vorstellung getrennt, d. h., unterstellt man keine a priori vorhandene Tendenz zum langfristigen Gleichgewicht, so stellt dieser Zusatz keineswegs eine thematische Einschränkung dar. Kurzum: Der Autor hat für seine Dissertation einen denkbar lohnenden, aber auch schwierigen Gegenstand gewählt, der in seiner Breite und

Bedeutung weit über die typischen Dissertationsthemen hinausgeht. Leider ist es ihm meines Erachtens nicht gelungen, das Thema zu bewältigen.

Brinkmann fängt mit einer überschaubar gegliederten, im großen und ganzen unschwer verständlichen und nicht unkritischen Darstellung der verschiedenen Ansätze zur Erklärung der Schwankungen in den Verteilungsrelationen (Lohn-Lag, konjunkturelle Erklärung, keynessche Kreislaufmodelle [*Kaldor-Pasinetti*], Monopolgrad [*Kalecki*], usw.) an. Sodann wendete er sich der empirischen Untersuchung zu, indem er an die fünfzig Verteilungsrelevanten Zeitreihen zusammenstellt und in verschiedenen Kombinationen mittels Faktor- und Regressionsanalyse der Lohnquote in verschiedenen Ausformungen (unbereinigt, um Verschiebungen in der Beschäftigtenstruktur bereinigt) gegenüberstellt. Die erklärenden Variablen haben in wohl fast allen Fällen einen ausgeprägten zyklischen Verlauf, wie die Zielgrößen auch, so daß sich schwerwiegende Probleme der Multikorlinearität und mithin der Interpretierbarkeit der Regressionsergebnisse ergeben. Das Destillat dieses regressionsanalytischen Durchstöberns stellt der Autor in einem zwei erklärende Variablen umfassenden Modell vor, in welchem die Veränderungen der Lohnquote anhand der Lohnstückkosten — Preis — Relation sowie des Auslastungsgrads der Produktionskapazitäten erklärt werden. Lobenswert ist die Sorgfalt, mit der *Brinkmann* die ökonometrischen Tests auf Signifikanz, Autokorrelation der Regressionsreste etc. beachtet; tadelnswert ist da hingegen, genaue Angaben über die Zusammensetzung der als erklärende Variablen verwendeten Zeitreihen in vielen Fällen zu unterlassen, so bei der Reihe Lohnstückkosten-Preis-Relation, was die Nachvollziehbarkeit und Interpretierbarkeit der Ergebnisse außerordentlich beeinträchtigt¹. Die Lohnstückkosten geben den Anteil der Löhne am Produktionsergebnis an, wenn man davon ausgeht, daß die Produktpreise unverändert bleiben. Anders ausgedrückt: In einer geschlossenen Wirtschaft ohne Staat wäre der Index der Lohnstückkosten der Lohnquote praktisch gleichzusetzen, vorausgesetzt, daß es Preisstabilität gibt, der Anteil der abhängig Beschäftigten an den Erwerbstägigen konstant ist, und neben Arbeitseinkommen nur Profit als weitere Einkommensart (also keine Zins,- Pachteinkommen, etc.) vorkommt. Bezieht man nur die Güterpreise in die Betrachtung ein, so hat man damit den zweiten wichtigen Aspekt der kurzfristigen Verteilungsproblematik, die Preisspanne, berücksichtigt; es wäre eher erstaunlich, wenn eine der Lohnquote definitorisch so nahe kommende Variable keinen abgesicherten Beitrag zur Erklärung deren kurzfristigen Veränderungen lieferte. Interessant ist nicht desto weniger der abgesicherte Beitrag, den die Schwankungen der Kapazitätsauslastung zur Erklärung jener kurzfristigen Änderungen in den Verteilungsrelationen liefern, die vom Staat, dem Ausland, Strukturverschiebungen der Erwerbstätigkeit usw. herrühren. Aus seinen empirischen Ergebnissen zieht *Brinkmann* das Fazit, daß „die kurzfristige Veränderung der Einkommensverteilung ... sowohl das Ergebnis des aktiven Verteilungspolitischen

¹ Zwar weist der Autor in einem Anhang die von ihm eingesetzten Zeitreihen aus, doch in Form von Veränderungsraten, so daß ihre Nachrechnung, etwa zwecks der genauen Bestimmung ihrer Zusammensetzung, namentlich bei Verhältniszahlen, sehr mühsam wäre.

Handelns als auch der Konjunkturbewegungen (ist), wobei zwischen Verteilungskampf und Konjunktur gewisse Wechselwirkungen bestehen“ (S. 129). Diese These wird wohl kaum Widerspruch hervorrufen, allein es ist schwer einzusehen, wieso seine empirischen Ergebnisse als eine entscheidende Untermauerung dieser recht plausiblen, aber auch recht allgemeinen These angesehen werden können. Aufgrund solcher empirischen Untersuchungsergebnisse ist es auf jeden Fall schlankweg absurd zu behaupten, daß „die kurzfristig orientierten kreislauftheoretischen Ansätze in der auf *Kaldor* zurückgehenden Form... durch den empirischen Befund als widerlegt angesehen werden“ müßten (S. 131). Es ist sicherlich unbestreitbar, daß solange die Sparquoten der sozialen Gruppen als unveränderlich angenommen werden, ein Kreislaufmodell à la *Kaldor* nur eine heuristische Funktion haben kann und wenig Licht auf die kurzfristigen Schwankungen in den Verteilungsrelationen zu werfen vermag, aber diese Einsicht bedarf keiner ökonometrischen Untersuchung. Die grundlegende, äußerst wichtige Erkenntnis, die *Kaldors* kreislauftheoretische Analyse offenlegt, nämlich daß die funktionellen Verteilungsrelationen ebenso sehr von den Ausgabenströmen wie von den Kostenrelationen abhängen, bleibt von *Brinkmanns* regressionsanalytischen Anstrengungen gänzlich unberührt. Würde *Brinkmann* das sein Thema sehr unmittelbar berührende Standardwerk von *Kalmbach*² kennen, so wäre er mit einer für seine Untersuchung möglicherweise sehr fruchtbaren Überlegung konfrontiert worden: Man kann nämlich die kurzfristigen Änderungen der Verteilungsrelationen als das Ergebnis eines Spannungsprozesses zwischen Preisentscheidungen, die diese Relationen von der Kostenseite her bestimmen, und Ausgabenentscheidungen, von denen die makroökonomischen Verteilungsrelationen ebenso abhängen, auffassen. Wenn beide Entscheidungskomplexe nicht miteinander harmonisieren, entstehen Anpassungsvorgänge, die Veränderungen in der Lohnquote zur Folge haben.

Der Autor schließt seine Arbeit mit einem nicht unplausiblen Szenario über das kurzfristige Verteilungsgeschehen, wobei der Nexus zu der vorausgegangenen empirischen Untersuchung eher als los zu bezeichnen ist. Empirische Belege für einzelne Komponenten seines Erklärungsansatzes werden zwar dargestellt, bilden aber noch keine empirische Untermauerung eines in sich geschlossenen Modells. Dieses Szenario, das Elemente eines Spannungsmodells enthält, entzieht sich keineswegs einer strengen empirischen Überprüfung und wäre, entsprechend rigoros als Modell konzipiert, ein ausgezeichneter Ausgangspunkt für ein Werk über die Determinanten der kurzfristigen Veränderung der funktionellen Einkommensverteilung.

Bei der Formulierung einiger Definitionen sind dem Autor einige kleine Fehler bzw. Ungenauigkeiten unterlaufen. Das Volkseinkommen (Nettosozialprodukt zu Faktorkosten) ist in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht das Bruttoinlandsprodukt vermindert um Abschreibungen und indirekte Steuern abzüglich Subventionen, wie auf S. 37 behauptet, sondern die Berechnung geht vom Bruttosozialprodukt aus. Auf S. 60 definiert er den Real-

² P. *Kalmbach*, „Wachstum und Verteilung in neoklassischer und post-keynesianischer Sicht“, Berlin 1974.

lohn anhand des nominalen Lohnes und des Deflators des Volkseinkommens. Dieses Vorgehen ist im Rahmen der VGR formal richtig, inhaltlich jedoch insofern irreführend, daß nur eine Verteuerung der von Arbeitnehmern beanspruchten Gütern und Dienstleistungen eine gegebene Geldlohnerhöhung aufheben kann; Preisanhebungen für Kapitalgüter, die im Inland verkauft werden, beeinflussen ebenfalls den Deflator, können aber die Gewinnsumme nicht vergrößern, sondern lediglich deren Aufteilung zugunsten der Kapitalgüterhersteller beeinflussen³. Auf S. 63 fehlt bei Gleichung (11) wohl die Summierungsvorschrift.

Es ist *Brinkmanns* Verdienst, ein wichtiges, ja zentrales Thema aufgegriffen zu haben; das Ergebnis ist indessen enttäuschend. Das Problem harrt also weiterhin der Lösung und Forschern, die sich hiermit beschäftigen, ist die Lektüre dieses Werkes allenfalls wegen seiner brauchbaren Formulierung des Problems und im Hinblick auf eine ganze Reihe von empirischen Sackgassen, die man nicht noch einmal abklappern muß, zu empfehlen.

Charles C. Roberts, Passau

³ Darüber hinaus hat die Behandlung solcher Preiserhöhungen im Rahmen der VGR eine zeitliche Verschiebung der Gewinne zur Folge. Da die VGR den unternehmerischen Kapitalaufwand nicht als Kosten behandelt, vergrößern solche Preisanhebungen zunächst die Gewinnsumme, die in der Folge von den dadurch höher ausfallenden Abschreibungen wieder geschränkt wird.